

# NIEDERSCHRIFT StuB/0026/2016

über die Sitzung des **Stadtentwicklungs- und Bauausschusses** am 16.05.2017 im Sitzungssaal **des Rathauses**.

stellv. Vorsitzender:

Herr Peter Rose

Ausschussmitglieder:

Herr Bernd Kösters

Herr Thomas Schulze Temming

Frau Birgit Schulze Wierling

Vertretung für Herrn  
Karl-Heinz Brockamp

Herr Dieter Brall

Herr Winfried Heymanns

Herr Dr. Rolf Sommer

Sachkundige Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NW:

Herr Michael Fliß

Vertretung für Herrn  
Thomas Walbaum

Herr Christof Peter-Dosch

Mitglieder gem. § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NW:

Herr Frank Wieland

Von der Verwaltung:

Frau Marion Dirks

nur ö. S.

Herr Gerd Mollenhauer

Frau Michaela Besecke

Herr Holger Dettmann

nur ö. S.

Frau Birgit Freickmann

Schriftführerin

Beginn der Sitzung:

18:00 Uhr

Ende der Sitzung:

19:25 Uhr

Der stellv. Vorsitzende Herr Rose stellt fest, dass zu dieser Sitzung form-und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

## TAGESORDNUNG

### I. Öffentliche Sitzung

- 1. Bebauungsplan "Wohnen am Freibad"  
hier: Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen und Beschluss zur erneuten Offenlage**

Die Ausschussmitglieder schließen sich dem Beschlussvorschlag der Verwaltung an und fassen folgenden

**Beschlussvorschlag für den Rat:**

1. Der Planentwurf wird, wie im Sachverhalt beschrieben, bzgl. der Baubeschränkung aufgrund von Geruchsimmissionen ergänzt.
2. Den Anregungen der Telekom Deutschland GmbH wird im Rahmen der Erschließungsplanung gefolgt, die Hinweise zur Kenntnis genommen.
3. Die Hinweise der Thyssengas GmbH werden im Rahmen der weiteren Erschließungsplanung berücksichtigt.
4. Den Anregungen von Straßen NRW wird, wie im Sachverhalt beschrieben, teilweise gefolgt, die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
5. Die Empfehlungen und Hinweise des Fachdienstes Grundwasser und der Brandschutzdienststelle des Kreises Coesfeld sowie der Bundeswehr werden zur Kenntnis genommen.
6. Der Entwurf des Bebauungsplanes wird für die erneute Offenlage nach § 4a Abs. 3 BauGB (Baugesetzbuch) gebilligt. Dabei wird bestimmt, dass Stellungnahmen nur zu den geänderten oder ergänzten Teilen abgegeben werden können. Die Dauer der Auslegung wird auf zwei Wochen verkürzt. Parallel wird den berührten Behörden und Trägern öffentlicher Belange erneut Gelegenheit zur Stellungnahme zu den geänderten Teilen gegeben.
7. Die Beschlüsse werden ortsüblich bekannt gemacht.

**Stimmabgabe:** einstimmig

**2. 7. Änderung des Bebauungsplanes "Industriegebiet Hamern"  
hier: Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen und Satzungsbeschluss**

Die Ausschussmitglieder schließen sich dem Beschlussvorschlag der Verwaltung an und fassen folgenden

**Beschlussvorschlag für den Rat:**

1. Gem. § 8 Abs. 2 BauGB wird festgestellt, dass die 7. Änderung des Bebauungsplan „Industriegebiet Hamern“ aus dem Flächennutzungsplan entwickelt worden ist.
2. Der Rat der Stadt Billerbeck beschließt aufgrund des § 10 Abs. 1 BauGB sowie der §§ 7 und 41 GO NRW unter Abwägung aller öffentlichen und privaten Belange nach § 1 Abs. 7 BauGB die 7. Änderung des Bebauungsplanes „Industriegebiet Hamern“ als Satzung. Dieser besteht aus der Planzeichnung sowie der Begründung.
3. Gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ist ortsüblich bekannt zu machen, dass die 7. Änderung des Bebauungsplanes „Industriegebiet Hamern“ beschlossen worden ist.

Rechtsgrundlagen sind:

- Das Baugesetzbuch (BauGB) in der Neufassung vom 23. September 2004 (BGBl I S. 2414) in der zurzeit geltenden Fassung

- Die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666/SGV NRW 2023) in der zurzeit geltenden Fassung
- Die Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) vom 1. März 2000 (GV NRW S. 256/SGV NRW 232) in der zurzeit geltenden Fassung

**Stimmabgabe:** einstimmig

**3. Antrag der SPD-Fraktion vom 30. Nov. 2016  
hier: Städtischer Pflegeplan für öffentliche Liegenschaften und Wege**

Frau Dirks stellt voran, dass es einen schriftlichen Pflegeplan für öffentliche Grundstücke, Grünanlagen und Wege nach dem turnusmäßig bestimmte Aufgaben abgearbeitet werden, für Billerbeck nicht gebe, wobei der Bauhof natürlich eine Konzeption habe, welche Pflegeschritte und –gänge erforderlich sind.

Die Stadt befinde sich hinsichtlich der Pflegemaßnahmen auf einem neuen Weg, was nicht immer so einfach sei. Bereits im vergangenen Jahr sei damit begonnen worden, die städt. Beete, die bislang mit einjährigen Sommerblumen bepflanzt waren, nun sukzessive in Staudenbeete umzuwandeln. Dabei würden vorrangig widerstandsfähige bienen- und insektenfreundliche Stauden ausgewählt.

Die städt. Rasenflächen, die genutzt werden, wie z. B. an den Schulen, auf Spiel- und Bolzplätzen würden auch künftig regelmäßig gemäht, wobei in den Randbereichen das Gras möglichst stehen bleiben solle. Bei allen anderen Flächen, werde aber die Anzahl der Mahden reduziert.

Herr Heymanns erkundigt sich, wie man mit der Pflege des Kriegerehrenmales sowie der anderen in Billerbeck vorhandenen Mahnmalen sowie des jüdischen Friedhofes umgehe.

Herr Dettmann berichtet, dass der Bauhof seit März d. J. zur Probe mit einem neuen Programm arbeite. Damit könnten Aufträge als Daueraufträge eingerichtet werden, so dass eine regelmäßige Überprüfung des Zustandes und ggf. Pflege vorgenommen werde. Bis dato habe vieles aufgrund der fehlenden Man-Power nur auf Zuruf erledigt werden können.

Im Übrigen würden auch die Wege und Bankette entlang der Einfahrtstraßen Billerbecks weiterhin gepflegt, damit die Touristen einen guten Eindruck bekämen.

Herr Heymanns spricht der Verwaltung bzw. dem Bauhof ein Lob für die Pflege der im Zuge des Ausbaues der Ludgeristraße neu angepflanzten Hecken in den Einmündungsbereichen Darfelder Straße und Ludgeristraße aus.

Herr Brall führt an, dass insbesondere der Zustand des Bereiches um das Kriegerehrenmal Anlass für den Fraktionsantrag gewesen sei, weil das Kriegerehrenmal mindestens einmal im Jahr im Fokus stehe. Er bitte deshalb mit Nachdruck darum, dieses Mahnmal besonders im Auge zu

behalten.

Herr Peter-Dosch hält es für sinnvoll, die neuen Methoden und Kriterien schriftlich zu hinterlegen, damit sich nicht nur der Bauhof hieran halte, sondern auch bei der Vergabe an Fremdfirmen diese Vorgaben beachtet werden. Damit könnte dann auch vermieden werden, dass in besonders sensiblen Bereichen wie dem Freibad eine Hecke so auf den Stock gesetzt werde, dass die Anwohner von ihrer Terrasse aus den Badegästen auf der Wasserfläche zuwinken können und umgekehrt. Auch sei gesagt worden, dass längere Hecken nur abschnittsweise auf den Stock gesetzt werden sollen.

Frau Dirks führt hierzu aus, dass die neue Vorgehensweise schriftlich festgelegt worden sei. Bzgl. des Zurückschneidens der Hecke im Freibad sei zu bedenken, dass größere Maßnahmen nicht komplett per Hand erledigt werden können. Hier sei aufgrund fehlender Ressourcen und im Hinblick auf die Kosten der Einsatz von Maschinen erforderlich. Bei starken Rückschnitten werde es immer Beschwerden von Bürgern geben.

Herr Mollenhauer ergänzt, dass die Hecke nicht zuletzt deshalb auf den Stock gesetzt worden sei, weil das von Anliegern angesprochen wurde. Mit dem ersten Abschnitt sei im letzten Jahr begonnen worden, jetzt sei der zweite Abschnitt angegangen worden und der dritte werde im nächsten Winter folgen. Immer, wenn Hecken auf den Stock gesetzt würden, gebe es kritische Stimmen. Aber es dauere nur ein paar Wochen, bis die Triebe wieder ausschlagen und der Sichtschutz wieder gewährleistet ist. Hinzu komme, dass nicht nur die Hecke im Freibad, sondern auch viele Hecken im Außenbereich jahrzehntelang nicht auf den Stock gesetzt wurden. Dadurch seien die Hecken sehr üppig ausgeschlagen. Nun sei beabsichtigt, sich beim Auf-den-Stock-Setzen dem normalerweise üblichen Rhythmus von 8 – 10 Jahren anzunähern.

Auf Nachfrage von Frau Schulze Wierling, inwieweit der Friedhof bei der Pflege berücksichtigt werde, teilt Herr Dettmann mit, dass die kompletten Pflegemaßnahmen an eine Fremdfirma vergeben seien.

Herr Kösters begrüßt die von der Verwaltung vorgestellten Maßnahmen. Staudenbeete seien für den Bauhof einfacher zu pflegen und Denkmäler und Sehenswürdigkeiten müssten regelmäßig gepflegt werden. Und wenn Randbereiche beim Mähen zu Gunsten der Artenvielfalt außen vor blieben, dann sei das ein guter Kompromiss.

Herr Rose fragt nach, ob es nur einen Terminplan oder auch ein Kataster gebe, in dem z. B. Staudenbeete oder Rasenflächen eingetragen seien.

Verwaltungsseitig wird mitgeteilt, dass mit der Erstellung eines entsprechenden Planes begonnen wurde. So werde man auch eine Übersicht über die Kosten der Pflege bekommen.

Herr Rose regt an, im nächsten Jahr den Grünzug entlang der K 13 kurz vor der Einmündung in die L 506 in Richtung Altenberge zurückzuschnei-

den. Die dortigen Eschen seien schon so weit eingewachsen, dass sie nicht mehr als Solitärbäume zu erkennen seien.

Herr Dettmann weist darauf hin, dass seine Überprüfung aufgrund eines früheren Hinweises von Herrn Rose ergeben habe, dass hinsichtlich der Verkehrssicherungspflicht alles in Ordnung sei. Im Zuge des geplanten Radwegebaues werde aber ein Teil der Anpflanzungen weichen müssen.

## **4. Mitteilungen**

### **4.1. Novellierung der Landesbauordnung - Frau Besecke**

Frau Besecke weist auf eine wesentliche Änderung der Landesbauordnung hin. Zum 28.12.2017 werde die Genehmigungsfreistellung ohne Übergangsregelung abgeschafft. Alle Bauvorhaben, die bis zum 28.12.2017 nicht fertiggestellt würden, verlören ihre Genehmigungsfreistellung und bedürften einer Baugenehmigung. Der Städte- und Gemeindebund habe den Gemeinden empfohlen, keine Freistellungen mehr anzunehmen, sondern an den Kreis weiterzugeben. Dementsprechend werde hier verfahren und ab sofort keine Freistellungen für Wohnbebauungen mehr angenommen.

## **5. Anfragen**

### **5.1. Mögliche Bebauung des Kapellenplatzes - Herr Brall**

Herr Brall möchte wissen, ob es richtig oder falsch sei, dass der Kapellenplatz bei Bruns bebaut werden soll.

Frau Besecke teilt mit, dass diese Fläche im Bebauungsplan als öffentliche Grünfläche ausgewiesen sei, also der Bebauungsplan durch den Rat geändert werden müsse, um eine Bebauung zu ermöglichen. Ein entsprechender Antrag liege der Verwaltung derzeit nicht vor.

Herr Mollenhauer führt aus, dass im Rahmen des Quartiersmanagements „Wohnen mit (Mehr-) Wert“ im Kerkeler die Idee eines Generationenwohnprojektes entstanden sei. Hier könnten sich u. a. Senioren, deren Einfamilienhäuser zu groß seien und die sich kleiner setzen wollten aber in ihrem Quartier bleiben wollen evtl. niederlassen. Falls die Nachfrage hierfür vorhanden sei und sich kein anderes Grundstück im Quartier finde, sei verwaltungsseitig signalisiert worden, dass ein solches Projekt evtl. auf dem Kapellenplatz verwirklicht werden könnte.

## **5.2. Alte Bänke und Abfallbehälter aus der Fußgängerzone - Herr Brall**

Herr Brall erkundigt sich nach dem Verbleib bzw. der Verwendung der alten Bänke und Abfallbehälter aus der Fußgängerzone.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass diese beim Bauhof zwischengelagert und bei Bedarf an anderer Stelle aufgestellt würden.

## **5.3. Neue Berkelbrücke - Herr Brall**

Auf Nachfrage von Herrn Brall erläutert Frau Besecke, dass im Zuge des Baus der neuen Berkelbrücke auch die neue Einfahrt zum Wohngebiet Am Freibad eingeplant werden müsse. Im Zuge dieses Eingriffs in die Landesstraße könnte auch über eine Aufweitung für die Linksabbieger zum neuen Baugebiet Buschenkamp nachgedacht werden. Eine Aufweitung nur für das neue Wohngebiet Am Freibad wäre unverhältnismäßig. Durch den Neubau der Berkelbrücke werde aber in die Landesstraße eingegriffen und dann müsse mit dem Landesbetrieb verhandelt werden.

## **5.4. Zwischenstand über das Projekt "Wohnen mit (Mehr-)Wert - Herr Peter-Dosch**

Herr Peter-Dosch erkundigt sich, ob oder wann ein Zwischenstand über das Projekt „Wohnen mit (Mehr-)Wert“ gegeben werden könne.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass eine Berichterstattung im Ausschuss sicherlich möglich sei. Eine gute Gelegenheit zur Information habe aber am letzten Samstag beim Tag der Städtebauförderung im Anschluss an die Eröffnung der neu gestalteten Fußgängerzone und des Marktes bestanden.

## **5.5. Parkplatz vor der Johanni-Apotheke - Herr Kösters**

Herr Kösters spricht die Unterschriftenaktion für mehr Parkplätze vor der Johanni-Apotheke an. Diese mache nach seiner Meinung deutlich, dass die Anwohner nicht richtig informiert wurden. Vielleicht sollte gemeinsam noch einmal über die Anlegung zusätzlicher Stellplätze nachgedacht werden.

Frau Dirks teilt zunächst mit, dass die Anlieger des Marktes ihre Bürgeranregung zurückgezogen hätten, nachdem ihnen erläutert wurde, dass eine Schrägaufstellung der parkenden PKW platzmäßig nicht möglich ist. Die Bürgeranregung für mehr Parkplätze vor der Johanni-Apotheke habe aber nach wie vor Bestand und werde dem Rat vorgelegt. Aus ihrer Sicht sei das Bürgerbeteiligungsverfahren abgeschlossen. Viele derjenigen, die die Anregung unterschrieben hätten, seien auch beim work-shop dabei

gewesen und über die Situation informiert gewesen. Aus der Bürgerschaft sei vielmehr die Anregung gekommen, den Bereich als Platz, auch für die Außengastronomie zu gestalten. Hinzu komme, dass es sich um ein Förderprojekt handle und normale Einstellplätze nicht vom Land gefördert werden. Falls mehr Stellplätze angelegt würden, müssten Fördergelder zurückgezahlt werden.

Herr Heymanns erinnert an seine lange zurückliegende Anregung, im Zuge der Neugestaltung der Fußgängerzone vor der Apotheke zwei neue Parkplätze zu schaffen. Er sei nach wie vor der Ansicht, dass vor der Apotheke anstatt des Schwerbehindertenparkplatzes zwei Parkplätze für Gehbehinderte oder für Personen, die nach einem Arztbesuch gesundheitlich eingeschränkt seien, geschaffen werden sollten.

Herr Mollenhauer gibt zu bedenken, dass nicht verhindert werden könne, dass dort auch andere Personen parken. Kritisch sei zudem, dass die PKW rückwärts über den fußläufigen Bereich auf die Straße fahren müssten.

Frau Dirks wiederholt, dass in den work-shops derartige Forderungen nicht kundgetan wurden. Sie empfehle, erst einmal abzuwarten, wie sich das Ganze entwickle und die durch die Baufirma belegten Parkplätze hinter Hesselmann und am Gummibahnhof wieder frei sind.

#### **5.6. Laternen vor Groll in der Fußgängerzone - Herr Wieland**

Herr Wieland weist darauf hin, dass direkt neben den alten Laternen an dem Gebäude der Domschenke Groll eine neue Laterne installiert wurde. Besser wäre es nach seiner Meinung gewesen, wenn die neue Beleuchtung etwas versetzt platziert worden wäre.

Frau Dirks sagt Überprüfung zu.

#### **5.7. Sachstand bzgl. der Bebauung des Grundstücks Averbeck Holthausener Straße- Herr Dr. Sommer**

Von Herrn Dr. Sommer nach dem Sachstand zur Bebauung des Grundstücks Averbeck befragt, teilt Frau Besecke mit, dass Herr Averbeck eine Baugenehmigung für die komplette Fläche habe und er einen Teil hiervon nun wohl nutzen wolle.

#### **5.8. Sichtbehinderung an der Ampelanlage Holthausener Str./Münsterstraße - Herr Rose**

Herr Rose weist auf eine Sichtbehinderung durch das Hinweisschild für Radfahrer an der Ampelanlage Holthausener Straße/Münsterstraße/Sandweg hin und führt an, dass doch Gespräche mit dem Landesbetrieb zugesagt worden seien.

Verwaltungsseitig wird darauf hingewiesen, dass die Richtlinien eingehalten werden müssen. Der Landesbetrieb werde bei der demnächst anstehenden Abnahme noch einmal auf die Sichtbehinderung hingewiesen.

#### **5.9. Schäden an der Oberlau-Brücke - Herr Heymanns**

Herr Heymanns bemängelt, dass die Schäden an der Oberlau-Brücke trotz mehrfacher Hinweise seinerseits immer noch nicht behoben worden seien.

Herr Dettmann teilt mit, dass er mehrere Termine mit dem Elektriker bzgl. der defekten Beleuchtung und des Glasers wegen der kaputten Plexiglasscheiben gehabt habe. Es werde vermutet, dass sich die Brücke im Laufe der Jahre gesenkt habe und sich Kälte und Hitze auch auf das Gelände auswirken. Die Schäden würden bestmöglich behoben.

#### **5.10. Parken vor dem Seniorenstift Darfelder Straße - Herr Rose**

Herr Rose weist darauf hin, dass auf der Darfelder Straße vor dem Seniorenstift häufig viele Autos parkten, obwohl dort ein Radweg ausgewiesen sei. Bei Gegenverkehr werde es manchmal sehr eng.

Herr Mollenhauer sagt zu, dem Hinweis nachzugehen. Mit dem Eigentümer müsse über die Parksituation gesprochen werden.

Peter Rose  
Stellv. Vorsitzender

Birgit Freickmann  
Schriftführerin